

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: — Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Aufgaben des Verbandstages in Hannover.

Der Vorstand hat nach eingehender Beratung mit den Gauleitern und dem Ausschuss einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Diese Nachricht wird für viele Verbandsmitglieder eine Überraschung gewesen sein. Bedeutet sie doch die Aufhebung eines zu Beginn des Jahres 1916 gefassten Beschlusses, nach dem ein Verbandstag „während der Dauer des Kriegs“ nicht abgehalten werden sollte. Die Gründe, die damals für den Aufschub ins Feld geführt wurden, bestehen noch fort. Wenn trotzdem jetzt die Abhaltung beschlossen wurde, so natürlich nur deshalb, weil inzwischen das Gewicht der Gründe, die für die Abhaltung eines Verbandstages sprechen, immer schwerer geworden ist.

Zu Beginn des Jahres 1916 durften wir noch die Hoffnung hegen, daß der Aufschub nicht von allzu langer Dauer sein würde, daß wir spätestens im Jahre 1917 einen Friedensverbandstag abhalten könnten. Diese Hoffnungen sind zerronnen. Das Ende des Jahres 1917 naht, und noch immer ist kein Frieden auf Erden. Ja, man muß leider gestehen, daß zur Zeit die Aussichten für einen Frieden besonders trübe sind, die Erwartungen auf ein baldiges Ende dieses Ringens sehr herabgestimmt werden müssen.

Gleichzeitig hat sich aber die allgemeine Wirtschaftslage, der sich der Verband anpassen muß, geradezu grundstürzend geändert. Das wesentlichste äußere Kennzeichen dieser Veränderung ist eine ungeahnte Entwertung des Geldes. Die ungeheuerliche Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel hat mit Naturnotwendigkeit zu einer wesentlichen Erhöhung aller Arbeitslöhne führen müssen. Wo die Unternehmer diese Notwendigkeit nicht anerkennen wollten, haben die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nachgeholfen. Nur selten ohne jeden, oft mit überraschend gutem Erfolg. Jedenfalls stehen heute nicht nur die Warenpreise, sondern auch die Arbeitslöhne sehr wesentlich anders als bei Kriegsbeginn. Womit keineswegs die Tatsache bestritten oder auch nur bezweifelt werden soll, daß die Preise schneller und mehr gestiegen sind als die Löhne, daß das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebenskosten nicht geringer, sondern größer geworden ist.

Diese Verschiebung der Löhne und Preise, in denen die allgemeine Entwertung des Geldes zum Ausdruck kommt, bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf den Verband. Sie verändert das Verhältnis des Verbandsbeitrags zum Arbeitslohn, vor allem aber das Wertverhältnis der Verbandsleistungen. Die Unterführungen, die der Verband auf Grund der Bestimmungen des Statuts an die Mitglieder auszahlt, sind der Summe nach dieselben wie bei Kriegsbeginn. Aber dem Werte nach sind sie ungemein viel geringer. Der Unterstützungsempfänger kann heute mit 9 Mk. Krankenunterstützung kaum die Hälfte dessen kaufen, was er vor drei Jahren dafür erhielt. Je mehr die Preise steigen, um so mehr schrumpft der Geldwert der Unterführungen zusammen, um so größer wird die Lücke zwischen Bedarf und Besitz bei dem Unterstützungsempfänger. In der Friedenszeit, und auch noch in der ersten Kriegszeit, war die Verbandsunterstützung eine wertvolle Hilfe in wirtschaftlicher Not, ein wesentlicher Beitrag zur Deckung der Unterhaltskosten. Heute ist sie kaum mehr als ein ganz bescheidener Notbehelf.

Das empfinden selbstverständlich auch unsere Mitglieder. Sie empfinden es nicht nur, sondern sie sind auch bestrebt, eine Veränderung herbeizuführen, eine Erhöhung der Unterstützungssätze zu erreichen. Teilweise äußert sich dieses Bestreben in dem Begehren nach lokalen Zuschlägen zu den festgesetzten Unterführungen. Besonders bei Streiks ist vielfach die Unterstützung durch Zuschläge aus der Lokalkasse ganz wesentlich erhöht worden. Das geht jedoch nicht bei den statutenmäßigen Unterführungen im Falle der Erwerbslosigkeit. Für angemessene Zuschläge zu diesen Unterführungen sind die Lokalkassen zu schwach, auch kann ihnen die Verfügung, solche Zuschläge zu zahlen, nicht zugestanden werden. Das Begehren nach höheren Unterführungen für diese Fälle muß sich also an die Hauptkasse richten. Diese kann aber, wie einsichtige Mitglieder wissen, solchen Forderungen nur nachkommen auf dem Wege der geordneten Verbandsgesetzgebung, und sie kann, das lehrt ein Blick in die Abrechnungen, gesteigerte Ansprüche nur befriedigen, wenn ihr gesteigerte Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Aus dieser Lage erklärt es sich, daß das Begehren nach einer Reform des Beitragswesens, deutlicher, nach einer Erhöhung der Beiträge direkt aus den Kreisen der Mitglieder an den Verbandsvorstand gelangt ist. Nicht etwa einzelne Mitglieder oder nur einzelne Mitgliedschaften, sondern ganze Konferenzen größerer Bezirke haben sich für eine Beitragserhöhung ausgesprochen, noch bevor im Verbandsvorstand eine solche in Aussicht genommen war. Kollege Thiemiß hat dann die Gründe für eine Reform des Beitragswesens und damit des Beitragswesens zusammengefaßt und den Mitgliedern im Verbandsvorstand unterbreitet. Die Äußerungen aus Mitgliederkreisen, die sich daran knüpften, haben wohl ausreichend bewiesen, daß gegen eine Erhöhung der Verbandsbeiträge nur wenig Stimmen sich erheben, wenn diese Erhöhung begleitet ist von einer zeitgemäßen Reform unseres Unterstützungswesens.

Eine Erhöhung der Einnahmen ist aber nicht nur gerechtfertigt und notwendig als Vorbedingung zur zeitgemäßen Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung. Auch die Unter-

stützung bei Streiks und Maßregelungen ist, wie schon erwähnt wurde, aufbesserungsbedürftig. Auch die entspricht nicht den Teuerungsverhältnissen, auch die reicht in keiner Weise aus, um bei den jetzigen Preisen auch nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu decken. Es ist aber eine unabwiesbare Notwendigkeit, gerade die Streikunterstützung in ein angemessenes Verhältnis zu den Lebenskosten zu bringen.

Gegen diese Begründung einer Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens ließe sich einwenden, daß die Verhältnisse und Umstände, auf die sie gestützt wird, durch den Krieg herbeigeführt werden, also Ausnahmezustände sind. Der Einwand wäre sehr beachtlich, wenn wir die Hoffnung hegen dürften, daß die Teuerung nach Kriegsende verschwinden wird, daß die Preise dann rasch auf ihren alten Stand zurückgehen werden. Eine solche Hoffnung hegt jedoch kaum ein Mensch. Ganz allgemein besteht die Auffassung, daß zwar einige geradezu wahnwitzige Preissteigerungen sich nicht aufrechterhalten lassen werden, daß aber ein allgemeiner Rückgang der Preise nicht sehr bald und nur sehr langsam eintreten wird, und daß der Rückgang auf den Preisstand, den wir im Frieden hatten, geradezu ausgeschlossen erscheint. Die Teuerung wird also, nicht in ihrem heutigen Umfang — das wäre ja ganz unerträglich — aber doch in hohem Grade anhalten, die Lebenskosten werden dauernd hoch bleiben, kurz, das Maßverhältnis zwischen Geld und Ware wird ein anderes werden. Es ist also keine Kriegs-, sondern eine vorausschauende Friedensmaßnahme, wenn jetzt schon durch entsprechende Festsetzung der Beiträge und der Unterführungen den Erfordernissen der kommenden Zeit Rechnung getragen wird.

Die Vorlage des Vorstandes bringt eine grundlegende Veränderung unseres Beitragswesens dadurch, daß der Einheitsbeitrag durch das System der Staffelung ersetzt wird. Streng genommen war allerdings der Einheitsbeitrag schon durchbrochen durch die Schaffung einer höheren Klasse, der die Mitglieder freiwillig beitreten konnten. Immerhin war durch den Grundsatz der Freiwilligkeit für jedes Mitglied der Einheitsbeitrag im ganzen Verband nicht befristet. Es wurde im Westen wie im Osten, in Orten mit sehr niedrigen wie in solchen mit höheren Löhnen derselbe Verbandsbeitrag gezahlt. Das soll in Zukunft anders werden. Die Vorlage des Vorstandes stellt sechs Beitragsklassen vor, zwischen denen nicht etwa das einzelne Mitglied die freie Wahl haben soll, sondern die einzelne Zahlstelle. Und auch die kann nicht willkürlich wählen, sondern sie hat nur die Wahl zwischen zwei oder drei Klassen, die der Verdiensthöhe am Orte entsprechen. Es sollen also die niedrigeren Klassen nur für die Orte mit besonders niedrigen Löhnen, die höchsten Klassen für die Orte mit den höchsten Löhnen Geltung haben. Dabei gilt als selbstverständlich, daß die beiden niedrigsten Beitragsklassen nur für weibliche und jugendliche Mitglieder in Frage kommen können.

Die Unterstützungssätze der Erwerbslosenunterstützung sind entsprechend den Beitragsklassen gestaffelt. Dabei sind die drei Klassen, die bisher im Verbandsbestanden, beibehalten worden und für die drei weiteren Beitragsklassen die entsprechenden Unterführungsklassen ein- und angefügt worden. Die in der Vorstandsvorlage vorgesehenen Sätze gehen in den höheren Klassen sehr weit über die jetzt gezahlten hinaus. Ein Mitglied, das 520 Beiträge geleistet hat und in der höchsten Klasse bezugsberechtigt ist, kann 10 Wochen lang jede Woche 16, 80 Mk. als Unterführung bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit beziehen. Die Streikunterstützung geht bis zu 18 Mk. pro Woche hinauf, wozu dann noch die Zuschläge für Kinder kommen. Die Sätze für Sterbegeld sind gleichfalls nicht unwesentlich gesteigert worden.

Alles in allem dürfte die Vorlage des Vorstandes selbst weitgehenden Wünschen und Vorschlägen der Mitglieder Rechnung tragen. Selbstverständlich ist sie nicht unabänderlich. Wenn aus den Kreisen der Mitglieder Vorschläge kommen, die besser sind, die vor allem das Augenmaß für das mit den vorgeschlagenen Beiträgen Durchführbare nicht vermissen lassen, so wird der Vorstand solche Vorschläge gern prüfen und, wenn sie die Prüfung bestehen, auch berücksichtigen. Zu beachten ist dabei jedoch, daß die Beitragserhöhung nicht reißlos für die Erweiterung der Unterführungen aufgebraucht werden darf, daß vielmehr ein Teil davon reserviert werden muß für die schwereren wirtschaftlichen Aufgaben und Lasten aller Art, die der Krieg dem Verbandsverbande gebracht hat und immer noch bringt. Es sei hier nur erinnert an die gestiegenen Summen für Notlagenunterstützung, an die Weihnachtunterstützung, an die besonderen Leistungen, die dem Verbandsverbande bei der Rückkehr der Kollegen aus dem Heeresdienst auferlegt werden. Und schließlich ist auch die Ansammlung eines finanziellen Rückhaltes in der Verbandskasse eine Aufgabe, der wir uns angesichts der unruhigen Zukunft nicht entziehen dürfen.

Alles das bitten wir bei der Prüfung und Beratung der Vorstandsvorlage zu beachten. Zu jährlichen Einwänden und brauchbaren Vorschlägen aber steht das Verbandsorgan den Mitgliedern jederzeit zur Verfügung. Selbstverständlich auch unsern selbigen Kollegen, von deren Interesse für die Vorgänge im Verbandsverbande wir so oft überzeugende Beweise erhalten haben. Also auf zum Rat und zur Tat!

Nichtigstellung.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet am Sonntag, dem 11. November, statt, nicht am 10. November, wie in Nr. 42 des „Proletarier“ irrtümlich angegeben war.

Anträge

zum außerordentlichen Verbandstag.

Der Vorstand unterbreitet dem außerordentlichen Verbandstage eine Reihe von Anträgen zum Verbandsstatut, von denen die wichtigsten nachstehend zusammengefaßt sind. Einige weitere Vorschläge werden folgen.

Wir ersuchen die Zahlstellenleitungen, diese Vorschläge in den Versammlungen zur Beratung zu stellen und hoffen, daß die Mitglieder sich an diesen Beratungen mit dem Ernst und der Sachlichkeit beteiligen, die die Umstände erfordern. Etwaige Änderungsanträge müssen, wie überhaupt alle Anträge zum Verbandsstatut, bis zum 17. November beim Vorstande eingereicht sein. Soweit es zugänglich ist, werden die eingereichten Anträge im „Proletarier“ veröffentlicht. Nach dem Statut können Anträge zum Verbandstag nur von Verbandskörpern, also nicht von einzelnen Mitgliedern einer Zahlstelle gestellt werden.

Der Vorstand beantragt:

§ 9.

- Die Beiträge werden in 6 Klassen gestaffelt und betragen:

1. Klasse . . . 30 Pf.	4. Klasse . . . 60 Pf.
2. Klasse . . . 40 Pf.	5. Klasse . . . 70 Pf.
3. Klasse . . . 50 Pf.	6. Klasse . . . 80 Pf.

2. Die ersten zwei Klassen gelten in der Regel nur für weibliche und jugendliche Mitglieder.

Erwachsene männliche Mitglieder haben mindestens Beiträge der 3. Klasse zu entrichten.

3. Für eine Zahlstelle sollen in der Regel nicht mehr als drei Beitragsklassen festgesetzt werden. Die Auswahl der Klassen trifft die Zahlstelle unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Lohnhöhe am Orte. Die Wahl der Beitragsklasse bedarf der Zustimmung des Verbandsvorstandes.

4. Die jugendlichen männlichen Mitglieder, die 30 oder 40 Pf. Beitrag zahlen, müssen mit dem 18. Lebensjahr in die höhere Beitragsklasse eintreten.

5. Die bisherigen 25-Pf.-Marken werden als 30-Pf.-Marken gezahlt.

Tritt ein Mitglied in die höhere Klasse über, dann werden die geleisteten niederen Beiträge und die erhaltenen Unterführungen in solche der höheren Klasse umgerechnet. Die Umrechnung der niederen in höhere Beiträge erfolgt erst nach 52 geleisteten höheren Beiträgen.

6. Die höheren Unterführungen kommen erst dann zur Auszahlung, wenn in 52 aufeinanderfolgenden Beitragswochen der höhere Beitrag geleistet wurde.

7. In jedem sechsten Jahre ist ein 53. Beitrag zu entrichten.

§ 13.

5. Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden, d. h. auf Grund ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht mehr in der Lage sind, ein Drittel des ortsüblichen Tageslohns zu verdienen, oder infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes an der Ausübung ihres Berufs oder einer andern gewerblichen Tätigkeit dauernd oder mit Unterbrechungen sehr oft verhindert sind, sowie Mitglieder, die infolge ihres Verhaltens mit gewisser Regelmäßigkeit erwerbslos sind, haben einen Wochenbeitrag von 10 Pf., weibliche 5 Pf. zu zahlen und dafür nur Anspruch auf Lieferung des „Proletariers“, Umzugsgeld, Rechtschutz und Sterbegeld.

Sie behalten für diese Unterführungen die bis zur Invaldität erworbenen Rechte.

6. Weibliche Mitglieder, welche auf längere Zeit verhindert sind, einem Erwerb nachzugehen und nicht invalide sind, können auf ihren Antrag an die Ortsverwaltung bei einem Wochenbeitrag von 10 Pf. Mitglied bleiben, haben aber nur Anspruch auf Lieferung des „Proletariers“ sowie auf Umzugsgeld, Rechtschutz und Sterbegeld, soweit sie für diese Unterführungen durch Leistung der ordentlichen Beiträge Rechte erworben haben.

Wenn sie wieder ihrem Erwerb nachgehen, haben sie die Vollbeiträge wieder zu entrichten und treten dann wieder in ihre alten Rechte ein. Die 10-Pf.-Beiträge zählen für Unterführungen nicht.

7. Für Mitglieder, die zum Militär eingezogen werden oder ins Ausland reisen und sich ordnungsmäßig am Wohnort abgemeldet haben, ruhen Pflichten und Rechte an dem Verband; sie können hierzehn Tage nach vollendeter Dienstzeit oder nach ihrer Rückkehr dem Verband unentgeltlich wieder beitreten. Den zum Militär eingezogenen Mitgliedern ist das alte Mitgliedsbuch abzurechnen und dem Verbandsvorstand einzusenden. Die vor der Militärdienstzeit und vor der Abmeldung ins Ausland geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht.

§ 16.

5. Die Erwerbslosen-Unterstützung beträgt:

Table with 13 columns: Zahl der Wochenbeiträge, Bezugszeit, 30 Pf. Beitrag, 40 Pf. Beitrag, 50 Pf. Beitrag, 60 Pf. Beitrag, 70 Pf. Beitrag, 80 Pf. Beitrag. Rows show weekly contribution rates for different numbers of weeks.

§ 17.

Für die Auszahlung des Sterbegeldes werden nachstehende Sätze beantragt:

Table with 7 columns: Zahl der Wochenbeiträge, 30 Pf. Beitrag, 40 Pf. Beitrag, 50 Pf. Beitrag, 60 Pf. Beitrag, 70 Pf. Beitrag, 80 Pf. Beitrag. Rows show death benefit amounts for different numbers of weeks.

§ 19.

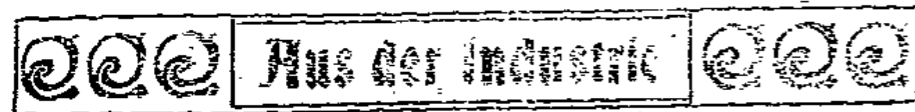
Die Maßregelungsunterstützung soll für eine Woche betragen bei einer Mitgliedschaft von

Table with 6 columns: 1. Klasse, 2. Klasse, 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse. Rows show support amounts for different classes and weeks.

§ 12 des Streikreglements.

Die Streikunterstützung soll für eine Woche betragen bei einer Mitgliedschaft von

Table with 6 columns: 1. Klasse, 2. Klasse, 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse. Rows show strike support amounts for different classes and weeks.



Chemische Industrie

Endlich ein Anfang!

Oft, unzählbar oft haben wir an dieser Stelle den Nachweis geführt oder doch zu führen versucht, daß die gewerblichen Vergiftungen Unfälle sind und als solche bewertet werden müssen.

Jetzt endlich ist wenigstens ein kleiner Schritt auf dem von uns gekennzeichneten Wege getan worden. Jetzt endlich hat der Bundesrat am 12. Oktober eine Verordnung erlassen, wonach, wenn eine gegen Unfall versicherte Person bei der Herstellung von Kriegsbedarf...

das Recht, die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zur Entschädigung der gewerblichen Vergiftungen zu zwingen, und es besteht kein vernünftiger Grund, kein tatsächliches Hemmnis, das sie hindern könnte, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Fünfundzwanzig Prozent sind nicht genug!

Gegen den Vorschlag des Aufsichtsrats, 25 Prozent Dividende zu zahlen, wendet sich ein Teil der Aktionäre der Munitionsfabrik Heinrichs u. Kujerbaum in Beyenburg und Barmen-Mittershausen N.G. Sie tun dies nun nicht deshalb, weil ihnen ein Kapitalgewinn von einem Viertel der Einlage...

Papier-Industrie

Streikdrohung der Spinnpapierfabrikanten.

Der größte Teil der Papierfabrikanten war schon von jeher kein Freund von Maßnahmen, die geeignet waren, der Gewinn- und Ausbeutungssucht der Unternehmer Einhalt zu tun. Daher ihre Abneigung gegen Tarifverträge mit ihrer Arbeiterschaft zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In die Spinnpapierfabrikanten die Höchstpreise nicht kurzfristig beibehalten können, so versuchen sie dieselben wenigstens nach oben auszubauen. Zu diesem Zwecke treten sie mit Lohnforderungen in ihrer Fach- und Unternehmerpresse an die Regierung, den während der Kriegszeit größten Spinnpapierabnehmer, heran.

Verärgerte Unternehmerforderungen und ihre Begründungen sind während der Kriegszeit schon so oft erhoben worden, daß sie von der Öffentlichkeit bald gar nicht mehr beachtet werden. Aufjallend an der Forderung der Spinnpapierfabrikanten ist nur der Druck, mit dem sie die Regierung ihren Wünschen gefügig zu machen suchen.

In Nr. 42 des 'Wochenblattes für Papierfabrikation' droht nun ein A. G. zeichnender Spinnpapierfabrikant mit dem Streik seiner Kollegen, wenn der Vater Staat nicht bald höhere Spinnpapierpreise bezahlt und auch der Schröpfung der Privatfondsgesellschaft keinen weiteren Spielraum läßt.

fabriken, die nicht mehr aus allen Beständen ihren Bedarf decken können, zur Einsicht kommen, die Anfertigung von Spinnpapier den Fabriken zu überlassen, die sich von den Nachteilen bei der Anfertigung von Spinnpapier nicht überzeugen lassen wollen.

Auf gut deutsch lautet diese Drohung folgendermaßen: Wenn die Regierung nicht sofort höhere Höchstpreise festsetzt, dann wird einfach die Spinnpapiererzeugung eingestellt, die Unternehmer streiken. Mag die Regierung dann zusehen, wie sie mit den paar Streikbrechern ihren Heeresbedarf decken kann.

Selbstverständlich hat der Grönnersche Ausspruch: 'Ein Hundsfott, der streikt', für die Papierfabrikanten keine Geltung, dieser Ausspruch gilt nur für streikende Arbeiter. Ober sollte er sich auch auf streikende Unternehmer beziehen? Es ist wirklich schade, daß uns Herr General Grönner in seiner Eigenschaft als Leiter des Kriegsamt...

Die Drohung der Spinnpapierfabrikanten ist übrigens recht ernst zu nehmen; das haben die Zeitungsberleger und Papierarbeiter an ihren eigenen Geschäften verspüren müssen, als die Papierfabrikanten nach der Festsetzung der Höchstpreise für Zeitungspapier einfach ihrer Friedenserzeugung Walet jagten und zur Spinnpapierfabrikation übergingen.

Die Drohung der Spinnpapierfabrikanten ist übrigens recht ernst zu nehmen; das haben die Zeitungsberleger und Papierarbeiter an ihren eigenen Geschäften verspüren müssen, als die Papierfabrikanten nach der Festsetzung der Höchstpreise für Zeitungspapier einfach ihrer Friedenserzeugung Walet jagten und zur Spinnpapierfabrikation übergingen.

Soweit die Forderungen der Unternehmer den Zeitverhältnissen entsprechend sind, sollten sie genehmigt werden, damit auch sie den an sie herantretenden stetig steigenden finanziellen Verpflichtungen gewachsen sind. Auf keinen Fall ist aber das Verlangen der Unternehmer aus allen Lagern berechtigt, die Kriegszeit zur Anhäufung unberechtigter hoher Kriegsgewinne unbefristet auszunutzen zu können.

Ausdehnungsfieber.

Kein war der kapitalistische Boden für die deutsche Papierindustrie geschaffen, da machten sich auch schon syndikalistische Bestrebungen unter den neugeborenen Papiergarnindustriellen bemerkbar. Es bildeten sich zwei Interessengruppen von Bedeutung, und zwar der Hartmann-Konzern und die Friedländer-Fulda'sche Spinnpapiergruppe.

Der Achtstundentag für die Papierindustrie endlich erreicht!

Die modernen Arbeitergewerkschaften haben schon an ihrer Wiege den Achtstundentag geleistet, der Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erkämpfen, wobei selbstverständlich die Arbeitslöhne eine entsprechende Erhöhung erfahren sollen. Für die Papierindustrie ist dieses Ziel endlich erreicht.

Pappenpreiserhöhungen.

Table with 2 columns: Pappentypen (Maschinenlederappen, Handlederappen, etc.) and Preise (70 M., 65 M., etc.).

Natürlich mußte auch diesmal wieder die 'erhebliche Steigerung der Löhne' zur Begründung der Preiserhöhung mit herhalten. Hoffentlich gelangen die 'erheblich gesteigerten Löhne' aber auch endlich an die Pappenarbeiter zur Auszahlung.

Verschiedene Industrien

Eine Klage aus der Zuckerrabrik Fröbeln.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 41 Ihres Blattes schreiben Sie über die guten Gewinne der Zuckerrabriten. An erster Stelle steht die Zuckerrabrik Fröbeln, die 768 624 Mt. Gewinn erzielte und ihren Aktionären fast eine halbe Million Mark als Dividende auszahlte. Demgegenüber ist die Entlohnung der Arbeiter sehr schlecht. Demgegenüber gerabe die Entlohnung der Arbeiter sehr schlecht. Demgegenüber gerabe die Entlohnung der Arbeiter sehr schlecht.

Frauenarbeit in englischen Zuckerraffinerien.

Ein englisches Fachblatt für die Zuckerindustrie berichtet über die Zunahme der Frauenarbeit in den Zuckerraffinerien auf Grund einer vom britischen Ministerium des Innern herausgegebenen Schrift. Es heißt darin: Vor dem Kriege beschränkte sich die Beschäftigung der Frauen auf die leichteren Arbeiten in den Speichern, aber seit 1915 sind die Frauen auch andernwärts beschäftigt. Einige Abteilungen eignen sich jedoch nicht für sie, da die Arbeit dort sehr schwer und heiß ist, so daß nur besonders kräftige Frauen beschäftigt werden können.

Indes, alle zunehmende Friedensfreundlichkeit der englischen Arbeiterklasse schafft die Laune nicht aus der Welt, daß in keinem der kriegführenden Länder die amtliche Kriegspolitik dermaßen allgemein und nachhaltig von der übergroßen Mehrheit der unteren Volksschichten unterstützt worden ist, wie im Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung. Abgesehen von einigen an Zahl wie Einfluss armen Kreisen stand die organisierte Arbeiterklasse mit Herz und Faust hinter der Regierung. Zweifelsohne ist auch in andern Ländern die Arbeiterklasse auf die Seite ihrer Regierung getreten. Aber doch mit Unterschieden. Hier war die Unterstützung das Ergebnis der kühnen Erwägung, daß der Boden, worauf man lebe und schaffen müsse, gewalttätigen Eingriffen von außen nicht unverteidigt preisgegeben werden dürfe, wobei nachdrücklich betont wurde, daß diese Unterstützung keinerlei Teilnahme an der Verantwortlichkeit für den Krieg bedeute, noch dadurch die grundsätzliche Stellung zum herrschenden Staats- und Gesellschaftszustand irgendwie geändert werde.

Kurz, anderswo, sagen wir in Deutschland und Oesterreich, hatten sich Regierung und Arbeiterklasse unter dem Druck der beiden gemeinsam drohenden Gefahr zwar äußerlich einander genähert, sich für diese besondere Gelegenheit verbunden, aber die geistigen Trennungslinien waren, wenn auch scheinbar dünner geworden, so doch noch in ihrer alten Schärfe vorhanden geblieben. In England aber hatte sich beider Tun, Denken und Streben innig verschmolzen; die geistigen und sonstigen Trennungslinien hatte der Krieg beseitigt. Eines solchen Glückes, wie es der herrschenden Klasse Englands beschieden war, kann sich keine andere Landes, selbst die Amerikas nicht rühmen. Die Verschiedenartigkeit der Stellung der Arbeiterklasse zur Regierung und deren Kriegspolitik ist zu auffällig, als daß nicht ein Versuch der Erklärung geboten wäre. Zur Beantwortung der Frage mag man das schärfere ausgeprägte Klassenbewußtsein oder sozialistische Solidaritätsgefühl der englischen Arbeiterklasse anführen. Doch reicht diese Erklärung nicht aus. Denn bekanntlich haben sich auch gut sozialistische Kreise bedingungslos zur Regierungspolitik bekant. Der Lösung des Rätsels kommt man schon bedeutend näher durch die Betrachtung der Art und Weise, wie die englische Regierung die Arbeiterklasse zu gewinnen versucht hat. In der Behandlung von Arbeiterfragen ist man von ihr von jeher Kürzlichkeit oder starke Veressenheit nicht gewohnt. Die Forderungen der Arbeiterklasse haben bei ihr sehr oft auf ein verhältnismäßig hohes Maß von Entgegenkommen rechnen können. Was schon in der gewöhnlichen, der Friedenszeit, galt, hat in der Kriegszeit erhöhte Geltung erhalten. Die Erfahrungen der ersten Kriegswochen lehrten, daß mit einem langen, schweren Kampf zu rechnen sei, wobei der Techniker eine unergleichlich hohe, wenn nicht ausschlaggebende Rolle zu spielen werde. Bei allem Optimismus aller Bevölkerungsklassen wäre die Aussicht auf einen glücklichen Ausgang der Feinde gering gewesen, ohne die höchste Arbeitsfreude der Kriegsausrüstung schaffenden Gewerke, nein, der organisierten Arbeiterklasse überhaupt. Die Regierung war weitläufig genug, Maßnahmen großen Stils zu treffen, die zuversichtlich stimmten mußten, Bürgschaften zu geben, wodurch das Vertrauen der organisierten Arbeiterklasse gestärkt wurde. Um nur drei zu nennen: Die direkten Steuern wurden gewaltig erhöht, wodurch die wohlhabenden Klassen schon während des Krieges zur Deckung der Lasten in Milliardenhöhe herangezogen wurden, dann die Ausdehnung des Stimmrechtes auf die Frauen, und besonders die Verungung von Gewerkschaftern in die Regierung. Neuerdings sind die hauptfachlichen Klagen, die die streikenden Arbeiter den Kommissionen zur Untersuchung der industriellen Unruhen vorbrachten, überraschend schnell durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen zu unterbinden versucht worden.

Die weit über ihre parlamentarische Zahlenstärke hinausgehende Verungung von Gewerkschaftern zu Ministern muß sicherlich der englischen Regierung als geschicktestes und für sie der vorteilhafteste Zug angesehen werden. Ob auch für die Arbeiterklasse, steht freilich auf einem andern Blatt. Neben dem Typographen Roberts wurden drei Metallarbeiter, der Former Henderson (jetzt ausgeschieden), der Stahlhämmerer Hobge und der Maschinenbauer Barnes berufen, und hätte der Bergarbeiter-vorstande Smillie nicht abgelehnt, hätte das Ministerium fünf Gewerkschaftsmitglieder gezählt. Daß gleich drei Metallarbeiter ertoren wurden, ist weniger der persönlichen oder geistigen Stärke der Erforenen, sondern mehr der Bedeutung ihrer Mitgliedschaft für die Kriegswirtschaft zuzuschreiben. Politische Klugheit ließ die Beamten der Metallarbeiter nicht in irgendein nebensächliches, einflussloses Amt, sondern in wichtige Ministerstellen berufen, wodurch der organisierten Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben ward, die Regierungspolitik zu beeinflussen, andererseits sich freilich auch die bürgerliche Kabinetsmehrheit in den Stand gesetzt hatte, sich von einem Teile der Verantwortlichkeit zu entlasten. Zu welchem Vorteil letzten Endes diese Verungung von Gewerkschaftern ins Ministerium ausfallen wird, ob für die Regierung oder die Arbeiterklasse, wird erst eine spätere Zeit ganz beantworten können. Heute kann nur erst gesagt werden, daß sie neben der Anerkennung der Macht und der Bedeutung der Gewerke der erforenen Gewerkschaftler für die Kriegsführung eine politisch weitläufige Tat ist. Ihr ist zu einem guten Teil die Dauerhaftigkeit der Kriegsgemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zu verdanken. Diese Tat wird sich für die bürgerliche Klasse Englands auch noch lange nach Friedensschluß gewinnbringend erweisen.

Genossenschaftsbewegung.

Eine Neuregelung der Teuerungszulagen wurde zwischen der Großeinlaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. und den Verbänden der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Tabakarbeiter, Handlungsgelhilfen, Holzarbeiter, Böttcher, Maschinenisten und Heizer vom 1. Oktober 1917 an vereinbart. Diefelbe hat folgenden Wortlaut: Die Teuerungszulage beträgt: für ledige männliche und weibliche Arbeiter sowie verheiratete Frauen, deren Männer erwerbstätig sind oder die Kriegsunterstützung beziehen, 25 Prozent; für verheiratete Männer mit bis zu zwei Kindern und Arbeiterinnen, die bis zu zwei Kindern allein zu ernähren haben, 30 Prozent; für verheiratete Männer mit mehr als zwei Kindern und Arbeiterinnen, die mehr als zwei Kinder allein zu ernähren haben, 35 Prozent. Der Mindestsatz der Wochenzulage hat 3 Mt. zu betragen. Personen, die höhere Teuerungszulagen bereits empfangen, als durch die Neuregelung der Teuerungszulagen ihnen zustehen, dürfen an dem Bezug nicht gekürzt werden. Die bisherige Gehaltsgrenze für den Bezug der Teuerungszulage fällt fort. Die neuen Sätze sollen vom 1. Oktober 1917 an auf sechs Monate, also bis zum 31. März 1918, gelten. Soweit mit einzelnen Gewerkschaften oder für einzelne Betriebe Sonderabmachungen bestehen, bleiben diese von vorstehendem unberührt.

Unser Verband nach 38 Kriegsmonaten.

Auch im September hat die Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes das gleiche Tempo beibehalten. Es sind wiederum mehr als 5000 neue Mitglieder für den Verband gewonnen worden. In 418 berichtenden Zahlstellen (die restlichen 45 berichteten nicht oder nicht rechtzeitig) wurden 2334 männliche und 3276 weibliche, zusammen 5610 Mitglieder aufgenommen; das sind mehr, als in irgendeinem Vormonat seit Kriegsbeginn berichtet wurden. Im gleichen Zeitraum sind 843 männliche und 1395 weibliche, zusammen 2238 Mitglieder ausgeschieden, — das sind auch mehr als in irgendeinem Kriegsmonat seit Führung der Monatsstatistik. Immerhin sind noch rund 2000 Mitglieder mehr eingetreten als ausgeschieden, so daß wieder ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen ist. Die folgende Zusammenstellung der Eintritte und Austritte nach Monaten ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfaßt, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammenlegung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die

Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder schwankt. Immerhin gibt sie ein Bild von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

Table with columns: Jahr, Monat, Mitglieder aufgenommen (m., w., zus.), Mitglieder ausgeschieden (m., w., zus.). Rows for months from January to September 1917.

In den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres sind danach allein in den Zahlstellen, die sich an der monatlichen Berichterstattung beteiligt haben, fast 38 000 neue Mitglieder aufgenommen. Im ganzen Verband werden es gewiß mindestens 40 000 sein. Zeigen die drei letzten Monate dieses Jahres dieselbe Entwicklung, so werden die Neuaufnahmen hinter denen in guten Friedensjahren kaum wesentlich zurückbleiben. Zum Heeresdienst waren Ende September in den 418 berichtenden Zahlstellen 102 162 Mitglieder eingezogen. Für die 387 Zahlstellen, die für September berichtet hatten, waren 106 834 Eingezogene angegeben. Diese Angabe stimmt nicht, es waren nur 100 734. Durch einen Additionsfehler ist die Zahl um 6100 erhöht worden. Infolge dieses Fehlers ist auch die Endzahl in der Zusammenstellung über die Mitgliederzahl in den berichtenden Zahlstellen falsch. Es bleibt bei Einrechnung der Eingezogenen nur ein Ueberschuß von 22, nicht von 6184 Mitgliedern, wie angegeben. Ende September waren in den 418 berichtenden Zahlstellen bei Einrechnung der Eingezogenen 4194 Mitglieder mehr vorhanden als bei Kriegsbeginn. Nachfolgend darüber eine kurze Zusammenstellung.

Table comparing membership at the end of September 1914 and 1917, split into male and female members.

Bemerkenswert ist der starke Zustrom weiblicher Mitglieder nach einem fast juxzartigen Rückgang in den ersten Kriegsmonaten. Ende September d. J. hatten wir reichlich 10 000 weibliche Mitglieder mehr als bei Kriegsbeginn. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist in dem gleichen Zeitraum um 6363 zurückgegangen über die Einziehungen zum Heeresdienst hinaus. Es ist hier aber schon früher ausgeführt worden, daß dieser Rückgang tatsächlich nicht, oder doch nicht in dem Umfange vorhanden ist. Es ist in den ersten Kriegsmonaten sehr häufig vorgekommen, und es kommt immer noch vor, daß Mitglieder, die eingezogen wurden, sich bei der Zahlstellenleitung oder bei ihrem Beitragsflaxierer nicht abmelden und dann einfach als abgereist oder ausgeschieden gemeldet werden. Wie viele so zu Unrecht als ausgeschieden angesehen werden, läßt sich nicht feststellen; es werden jedoch wahrscheinlich nicht wenig sein.

Die Arbeitslosigkeit ist gleich Null. Erwerbsunfähig krank waren 1035 männliche und 367 weibliche, zusammen 1402 Mitglieder. Als Erwerbslosenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen im September 47 967 Mt. ausgezahlt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Blankenberg a. d. Saale. Unsere Zahlstelle (die früher „Marzgrün“ hieß) hat sich in diesem Jahre erfreulicherweise gut entwickelt, besonders deshalb, weil die Verwaltung tüchtig gearbeitet hat. Die Leitung hatte Kollege Söcherlein, der im vorigen Winter als Kriegsinvalide entlassen wurde. Unsere Mitglieder setzen sich fast ausschließlich aus Arbeitern in den Wiedesehen Papierfabriken Rosenthal und Blankenberg an der Saale zusammen. Zu diesen Betrieben werden gegenwärtig circa 900 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Diese Firma gehört auch zu den „Glücklichen an der Saale“, wie die Papierfabriken in Halle, die vor kurzem im „Proletarier“ treffend gekennzeichnet wurden. Im Frieden beschäftigten die Wiedesehen Papierfabriken 1100 bis 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen. In den Jahren 1910 und 1911 hatten sich davon bis zu 800 als Mitglieder unserer Verbände angeschloffen. Nachdem sie eine Lohnbewegung mit guten Erfolgen geführt hatten, glaubten viele Arbeiter den Verband nicht mehr nötig zu haben. Durch allerlei Maßnahmen der Unternehmer und Beamten, besonders aber durch Vorarbeiter und Meister und leider auch einige Arbeiter, wurde damals der Verband niedergetrampelt. Doch hatte sich die Organisation bei einer Anzahl Kollegen so tief eingewurzelt, daß selbst die schwere Kriegszeit sie nicht ausrotten vermochte. Selbst die ersten Kriegsmonate und -jahre, die für unsere Zahlstelle die düsterste Zeit gewesen sind, haben wir überstanden.

Als die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hier, wie überall, immer trübsender wurde und die Kosten für den Lebensunterhalt immer mehr in die Höhe schnellten, wurde es auch in den Köpfen der Papierarbeiter leichter. Durch rege Agitationsarbeit und sachliches Befahren der Arbeiter wurden bis jetzt einige hundert Mitglieder zusammengebracht, darunter auch weibliche, und zwar weibliche noch mehr als wir im Jahre 1911 hatten. So war es uns auch möglich, in einer Versammlung den Beschluß zu fassen, mit einer Lohnforderung in diesem Sommer an die Firma „Wiedese Papierfabriken“ heranzutreten. Die Forderung wurde am 14. Juni von unserer Zahlstellenleitung eingereicht und darin eine 20prozentige allgemeine Lohnvermehrung für Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Jugendlichen verlangt. Das war der Firma vielleicht ganz unerwartet gekommen, denn sie hielt es gar nicht für nötig, unsere Bevollmächtigten zu antworten. Aber unsere Mitglieder meinten es ernst mit der Firma, und die Ganleitung wurde nach ungefähr 4 Wochen beauftragt, die Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Erinnerung zu bringen. Das geschah denn auch, und zwar mit einem Hinweis auf die Erhöhung der Papierpreise seitens der Papierfabrikanten. Die Firma antwortete mit dem Hinweis, daß sie schon von jeher bestrebt gewesen sei, die Lage ihrer Arbeiter „zu erleichtern“. Zur selben Zeit wurden Ergebnisse in der Fabrik angehängt über die Beschäftigungsdauer jedes einzelnen und über die Zahl der schulpflichtigen Kinder. Inzwischen schickten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen genötigt, truppweise im Kontor vorstellig zu werden, denn der Arbeiterausschuß zeigt mehr Sympathie für den Herrn als für die Arbeiter. Er wurde aber dann von der Direktion einberufen. Am nächsten Sonntag, dem 30. August, erhielten darauf alle Verheirateten eine sogenannte Teuerungszulage bzw. Kriegszulage von täglich 50 Pf. vom 16. Juli ab. Am 18. August (also einen Sonntag später) erhielten alle ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen über 16 Jahre eine Zulage von 30 Pf. täglich, aber erst, weil diese inzwischen nochmals im Kontor vorstellig wurden. Und am 3. September erhielt jeder Familienvater für jedes schulpflichtige Kind eine monatliche Kinderzulage von 3 Mt., die auch laufend gezahlt werden soll. Jugendlichen unter 16 Jahren erhielten nichts!

Niedrige Löhne und Erzeugungskosten.

„Daß durch besonders niedrige Löhne oder durch Drücken der Löhne eine nachhaltige und wirksame Verbilligung der Selbstkosten herbeigeführt werden könnte, war schon bei einseitigen industriellen seit langen Jahren ein überwundener Standpunkt.“

Also heißt es in einer Zuschrift, die der „Kölnischen Zeitung“ aus „bergbaulichen Kreisen“ zugegangen ist. Wenn diese Behauptung richtig ist, so war die Zahl der einseitigen industriellen auffallend gering. Die übergroße Mehrheit der Unternehmer hat noch immer versucht, durch Druck auf die Arbeitslöhne die Erzeugungskosten zu mindern. Es ist aber gewiß wahr, daß dieser Weg nur selten zu dem gesteckten Ziele führt. Wenn die Unternehmer das in Zukunft mehr einsehen und solche Versuche weniger unternehmen, so ist das im Interesse der Arbeiterklasse, wie auch im wohlverstandenen Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft nur zu begrüßen.

Ausland.

Regierung und Arbeiterklasse in England.

In der „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt Hk.: Von Kriegsbeginn an hat sich in England eine innige Gemeinschaft zwischen Arbeiterklasse und in den Krieg Gebliebenen, zwischen Kriegsgewinnlern und Kriegsoptionen, kurz, zwischen kriegswilliger Bourgeoisie und Proletariat aufgetan. Unablässig schauten wir über den Kanal nach einem Zeichen aus, das die Auflösung dieser Gemeinschaft bezugte. Nichts war zu sehen, aber so viel wie nichts. Sie hat die drei letzten hängigen Jahre des Völkerrurmes standgehalten. Ohne Zweifel hat es im Vereinigten Königreich genugsam Meinungen zwischen Arbeiterklasse und Regierung oder dem von dieser gepflegten Unternehmertum gegeben. Eine Anzahl Gewerke haben aufgegeben, die Arbeit niedergelegt; aber es waren dies doch bloß Mischgesellschaften, Widerstände von Teilen der Arbeiterklasse, nicht von ihrer Gesamtheit, und sie richteten sich nicht gegen den Krieg an sich, sondern nur gegen arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen der Regierung. Dieser Zustand der Dinge dauerte an die zwei, fast drei Jahre. Seit wenigen Monaten erst mehren sich endlich Zeichen von der Abbröckelung der widerstandsfähigen Gemeinschaft. Diese Laune kann auch nicht durch den Beschluß des Blackpooler Gewerkschaftskongresses aus der Welt geschafft werden, der, vorderhand wenigstens, von der Beschäftigung der Stockholmer Friedenskonferenz einen Erfolg nicht erwarten zu dürfen glaubte. Indes kann nicht verschwiegen werden, daß ein rücksichtsloses Eintreten für Stockholm von diesem Gewerkschaftskongress schwerlich zu erwarten gewesen ist. Diesen Zusammenstößen geben die Gewerkschaftsbeamten mit den Unterhausmitgliedern, Ministern und Regierungsvertretern Ton und Gepräge; auf ihnen kommt der lebendige, vorwärtstreibende, angriffsfähige Teil der englischen Arbeiterwelt, wie man ihn auf den Tagungen der Arbeiterpartei sieht, sehr selten zur Geltung. Aus den Keimen Arbeiterberufsammlungen erlingen jetzt ganz andre Meinungen über Krieg und Frieden, als vom Gewerkschaftskongress in Blackpool bekant ist. Sicherlich ist der sich gegen Stockholm wendende Beschluß noch nicht das letzte Wort in dieser Sache.

Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1917.

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl			Zu- oder Abnahme gegen das 2. Quartal 1917	Arbeitslose Mitglieder am Orte (unterstützte und nicht-unterstützte)			Von den Arbeitslosen bezogen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)											
		am Schlusse des Quartals				(unterstützte und nicht-unterstützte)			a) am Orte			b) auf der Reise								
		männl.	weibl.	zusammen		männl.	weibl.	zus.	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt
1.	41	5 528	3 916	9 444	+ 701	34	58	92	30	39?	542	48	883	500	2	5	4	—	—	—
2.	48	7 864	2 325	10 189	+ 998	29	10	39	26	2?	474	7	105	106	—	—	—	—	—	—
3.	42	5 455	2 130	7 591	+ 409	41	19	60	36	2	581	12	201	127	9	39	41	1	6	8
4.	41	4 098	878	4 976	+ 286	11	3	14	11	193	195	2	43	25	2	5	8	—	—	—
5.	12	1 240	95	1 335	+ 51	5	—	5	5	48	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	29	2 589	1 955	4 544	+ 500	40	19	59	35	516	714	17	335	203	—	—	—	—	—	—
7.	46	9 777	7 446	17 223	+ 1744	31	75	106	75	1138	1765	53	1232	737	2	2	3	—	—	—
8.	36	3 161	1 494	4 655	+ 700	25	9	34	22	250	409	6	160	144	—	—	—	—	—	—
9.	19	1 934	2 334	4 268	+ 145	33	23	56	31	640	67?	22	425	331	—	—	—	—	—	—
10.	18	2 957	3 175	6 132	+ 424	20	9	29	20	347	501	5	154	76	8	21	42	—	—	—
11.	26	1 806	1 036	2 842	+ 92	20	8	28	20	458	503	8	192	152	—	—	—	—	—	—
12.	19	2 636	474	3 110	+ 417	4	—	4	4	56	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	20	3 046	662	3 708	+ 427	10	1	11	10	144	191	1	—	—	—	—	—	—	—	—
14.	25	2 679	2 471	5 150	+ 1454	9	20	29	3	37	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15.	41	11 542	6 476	17 018	+ 1086	39	29	68	26	285	325	25	450	286	20	59	93	1	1	1
Einzelmitglieder:		25	10	35	+ 4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Im Verband	463	66 437	35 883	102 320	+ 9498	401	288	684	354	5271	7062	206	4180	2747	44	128	195	2	6	4

Trotz erfolgter Mahnung haben die nachstehenden Zahlstellen die Karten nicht oder zu spät eingefandt:

- a) Gelbe Quartalkarten:** Gau 1: Bramsche, Burgdorf, Ebstorf, Münden. Gau 2: Warby, Viere, Eiferwerda, Schmiedeberg, Wefelingen. Gau 3: Joffen, Jülichau. Gau 4: Jastraw, Kolmar, Zabitzow. Gau 5: Wollmitz, Biegenhals. Gau 6: Vorna, Kamenz. Gau 7: Langensalza, Kobach, Waltershausen. Gau 8: Weisenburg i. V. Gau 9: Freijina. Gau 10: Vorch, Schwemningen. Gau 11: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 12: Langensalza, Kobach, Waltershausen. Gau 13: Weisenburg i. V. Gau 14: Heidelberg, Ladenburg, Diersheim. Gau 15: Vorn, Kamenz, Martrastadt. Gau 16: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 17: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 18: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 19: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 20: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 21: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 22: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 23: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 24: Vorna, Kamenz, Martrastadt. Gau 25: Vorna, Kamenz, Martrastadt.

Diese Erhöhungen des Lohnes, die bei weitem die Notlage der Arbeiter in den Webereien Papierfabriken nicht bessern, bringen inwiefern eine Erhöhung des Lohnes, die für Ledige pro Monat 6 bis 10 Mk., für Verheiratete, die Kinderzulage erhalten und mehrere Kinder haben, 15 bis 30 Mk. und auch mehr beträgt. Die Zulagen hätten die Arbeiter nicht erreicht, wenn sich der Verband nicht gegen angenommen hätte. Soll doch der Meister vornehmlich selbst einmal geäußert haben: „Wenn die Arbeiter nichts verlangen und mit ihrem Lohn noch auskommen, dann diese Kriegszulage ist für die Arbeiter in Wegfall kommen, während die ungeheure Forderung vorausgesetzt bestehen bleibt. Da gilt es, das Ertragneis nicht nur zu erhalten, sondern die Zulage weiter zu erhöhen. Und dazu gehören Einigkeit und eine starke Organisation. Deshalb einigt euch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen in Webereien Papierfabriken!“

die Versicherungsberatungsstelle, die Beratungsstelle für Heizmaterie-erpänis, die Abteilung für Bücherrevision und Unterstützung bei Au, arbeitung rüchfändiger Buchführungen, die Unterstütsstelle für indutriele Bauarbeiten hinzugezogen. In dem Bericht wird weiter auf die Mithilfe des Industrieverbandes bei der Gründung von Arbeitervereinen, die Konventionen und Syndikaten hingewiesen und der Wert einer geschlossenen Organisation für die Kriegszulage hervorgehoben und zum Schluß die wichtige Frage der Neuregelung der Arbeitsbedingungen nach dem Frieden und die Zukunft der deutschen Industrie behandelt.

Guskirchen — 25. Krefeld — 20. Kastrin — 40. Wolgast 16,30 Sahlhust 14,75. Barß 14,60. Blankenberg 9,30. Schweidnitz — 95
Schluß: Montag, den 29. Oktober, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.
Berichtigung: In Nummer 42 muß es heißen: Chemnitz 1000,—, nicht 100,—.

Den Ausschüssen und Meistern soll zum Schluß noch gesagt werden, daß sie eigentlich gar keine Ursache haben, den Verband zu bekämpfen, denn jeder Erfolg, den die Arbeiter erringen, pflanzt sich in die Taschen der Vorarbeiter mit ein, und die Zulagen sind auch ihnen herabzuwillkommen. Sie selber aber haben nicht den Sinn, bei der Firma mehr Lohn zu fordern.

Im dritten Bande dieses Jahres können wir unserer Zahlstelle 108 Mitglieder neu zuzählen. Das Ergebnis ist zwar an sich ermutigend, aber im Hinblick auf die gute Beschäftigungslage sowie auf die geringen Löhne, wie sie hierorts gezahlt werden, kann es noch weit besser sein. Wir sind die Kollegen den Gedanken des Zusammenhanges richtig ergriffen, dann können wir, da fast überall Arbeitsmangel herrscht, andere Zustände herbeiführen. Dies geht uns in den Betrieben, wo der Mitgliederstand einmühsam zu erhalten ist.

Wir bitten, aus der Uebersicht nicht falsche Schlüsse zu ziehen. Professoren sind immer kluge Leute. Der eine, von dem hier die Rede sein soll, stellt keine Ausnahme dar, sondern ist nur einer von den vielen. Es handelt sich also um einen Professor M. Surin, der in München weit und in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über den Niedergang des deutschen Mittelstandes schreibt. Nach dem „Textilarbeiter“ hat er dabei folgende Weisheit von sich gegeben:

„Gerade der Mittelstand stellt die Mehrzahl der Steuerpflichtigen. Der Verdienst einiger weniger, dazu gehören die Arbeiter und die ganz großen Kriegsgewinner, hat ihre Ansprüche gepeigert, sie zahlen, wenn es darauf ankommt, schließlich jeden Preis. Soweit der Krieg die Arbeiterschaft benötigt, zahlt er Gehälter und Löhne, die das Einkommen hoher Staatsbeamter übersteigen. Wer jetzt wirklich hungert, wer jedem neuen Tage mit Hängen und Bangen entgegensteht, das ist weniger der Arbeiter, das ist der gesamte Mittelstand. Mit am schwersten werden jene Privat- und Staatsbeamten getroffen, deren Einkommen sich zwischen 8600—12 000 Mk. bewegt.“

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1917 haben eingefandt:
Vorna, Witow, Stendal, Kottbus, Mühlberg a. d. E., Kbstin, Lauerbach, Singen, Cutin, Eckartschhausen, Udenbach, Gronau, Langenbols, Reichenhall, Heubach, Wannenmünde, Byrnost, Hamburg, Gießen, Gollnow, Sänneburg, Neustettin, Thale, Jülichau, Oldenburg, Hühr, Neustadt a. d. Orla, Hannover, Königsberg, Jastraw, Treptow, Straßburg, Schönbura, Kastrin, Waltershausen, Schwaan, Burg auf Schmarn, Wolgast, Bramsche, Friedland i. M.

Im 2. Bande dieses Jahres können wir unserer Zahlstelle 108 Mitglieder neu zuzählen. Das Ergebnis ist zwar an sich ermutigend, aber im Hinblick auf die gute Beschäftigungslage sowie auf die geringen Löhne, wie sie hierorts gezahlt werden, kann es noch weit besser sein. Wir sind die Kollegen den Gedanken des Zusammenhanges richtig ergriffen, dann können wir, da fast überall Arbeitsmangel herrscht, andere Zustände herbeiführen. Dies geht uns in den Betrieben, wo der Mitgliederstand einmühsam zu erhalten ist.

Ja, wirklich, der Mann hat Recht. Die armen Leute mit 8600 bis 12 000 Mk. Einkommen haben schwer zu kämpfen. Wahrscheinlich gehört der Herr Professor in diese Einkommensstufe und weiß deshalb, wie schwer es für ihn sein wird, den Haushalt auf dem Friedensstand zu halten. Die Arbeiter sind da viel glücklicher. Sie bekommen Gehälter, die das Einkommen hoher Staatsbeamter übersteigen.“

Bilanz der Abrechnung vom 1. Quartal 1917.

Gesamt-Einnahme.	
An Kassenbestand vom vorigen Quartal	3 558 244,35 Mark
An Eintrittsgeld	4 305,—
An Beiträgen à 55 Pf.	87 670,—
An Beiträgen à 45 Pf.	241 434,45
An Beiträgen à 25 Pf.	69 994,50
An Beiträgen à 10 Pf. (§ 13 Abs. 6)	878,60
An Beiträgen à 10 und 5 Pf.	2 551,05
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	186,85
An Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	30,20
An Notlage-Unterstützung zurückgezahlt	26,—
Für Einzelnummern des „Proletariats“	276,38
Für Kartothekarten	119,90
Für Hilfslistenkarten	67,73
Für Korrespondenzblätter	33,—
Für Broschüren	12,50
Für Schreibmaterialien	28,75
Für Wappenstein	12,—
Für Stempel	4,75
Für Zinse	9,30
Von den Zahlstellen zurückgezahlt	28 296,12
Von den Zahlstellen zuviel eingefandt	253,35
Sonstige Einnahmen	5 756,04
Summa	4 000 190,82 Mark

Gesamt-Ausgabe.	
An Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) an Kranke	212 229,38 Mark
b) an Arbeitslose	20 878,90
c) an Reisende	304,—
An Notlage-Unterstützung	32 072,96
An Gemäßigten-Unterstützung	32,05
An Streik-Unterstützung	2,—
An Sterbegeld	41 143,60
An Anzugsgeld	2 077,85
An Anzugsgeld	182,40
An Zuschuß für die Unterstütskassette	2 206,—
An Versicherungsbeiträgen	935,65
An Anteil der Lokalfälle	70 040,52
An Beiträgen an die Generalkommission	17 023,60
An Gehältern	10 150,85
An Entschädigung für Reisende und Redigoren	64,65
An Telefongebühren	60,23
An Mantelgeld	25,—
An Agitation	17 088,65
Für Konferenzen	280,40
Für Anstöße im Bureau	13,50
Für Freizeitszeitung	849,59
Für Oswiata	213,16
Für L'Operaio Italiano	108,57
Für Verband des „Proletariats“, Nr. 1—13	3 120,66
Für Druck des „Proletariats“, Nr. 1—13	9 178,—
Für Redaktionsmaterialien	882,81
Für Druckkosten	2 898,45
Für Buchbinderarbeiten	24,75
Für Schreibmaterialien	9,60
Für Stempel	2,50
Für Zeitungen und Redaktion	339,14
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	322,65
Für Bureau-Riese, Licht und Reinigung	1 528,60
Zuschuß an die Zahlstellen	3 606,93
Zuviel eingefandenes Geld zurückgezahlt	8 734,55
Porto und Postgeld	867,72
Sonstige Ausgaben	226,18
Summa	459 796,35 Mark

Rundschau.

Der Deutsche Jugendringverband (Dresden)

Der Deutsche Jugendringverband hat in Dresden unter Leitung des Herrn ...

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Die Ausgaben aller Unterstütsungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstütsung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nie vergessen oder mit der alten verwechselt werden.

Bilanz.

Gesamt-Einnahme 4 000 190,82 Mark
Gesamt-Ausgabe 459 796,35 Mark

Kassenbestand am 31. März 1917 3.540 394,47 Mark

Hannover, den 31. August 1917.

Aug. Brey, 1. Vorsitzender. Artz Bruns, Kassierer.
Herrn Hasler, J. Semmel, Revisoren.